

1. Differenzaushandlungen in der Stadt

Gerade große Städte ermöglichen Begegnungen unterschiedlichster Menschen und einen Umgang mit Unterschiedlichkeit. Aber nicht jeder städtische Bereich und jeder Kontext eignen sich dafür, dass tatsächlich eine Gelegenheit zum Kontakt entsteht. Große Städte sind ja eher dafür bekannt, dass Menschen mehr aneinander vorbeileben als miteinander, dass sie Distanz und Anonymität zu Unbekannten wahren wollen und auch können. Dagegen ist generell nichts einzuwenden. Für viele ist gerade dies der große Vorteil städtischer Umgebungen: sich dort unbeobachtet fühlen und in die Anonymität eintauchen zu können. Allerdings gibt es dabei wenig Veränderung im Verhältnis von einander fremden Menschen, die sich vielleicht durch Unterschiedlichkeiten auszeichnen. Hier zeigt die Forschung immer wieder, dass Menschen sich lieber mit Menschen umgeben, die ihnen ähnlich sind. Differenz fordert sie heraus, strengt sie an und bildet daher oft genug Barrieren im sozialen Miteinander des Alltags. Mit Differenz, die oftmals auch durch soziale Ungleichheit geprägt ist, gehen diverse Vorurteile und Berührungssängste, aber auch bewusste oder unbewusste Distanzierungen einher. Gerade in großen Städten – und wenn Nähe nicht erzwungen ist – kann Unterschiedlichkeit leichter ignoriert und ausgeblendet werden. Das Leben und leben lassen führt allerdings seltener zu Begegnungen, die dafür genutzt werden könnten, gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Genau dies ist der Anlass für vorliegende Forschungsarbeit zu Orten und städtischen Kontexten, in denen es tatsächlich Berührungen und Kontakte zwischen unterschiedlichen Menschen in Großstädten gibt. Von Interesse ist hier deren Beitrag zum sozialen Miteinander in Städten und die Frage, ob sie dabei möglicherweise, wenn auch punktuell, transformative Kraft entfalten können.

In der Stadtsoziologie wird schon lange diskutiert, inwiefern die Großstadt bedeutsame Begegnungen mit Differenz ermöglicht und welche Berei-

che und Kontexte sich besonders dafür eignen; aktuell erlebt die Debatte eine Renaissance. Das Forschungsprojekt, auf dem dieses Buch basiert, hat sich mit Kleingartenvereinen als Mikroöffentlichkeiten in Großstädten befasst. Wie in den Städten und der Gesellschaft insgesamt wächst auch in den Gartenvereinen die Diversität ihrer Mitglieder. Die unterschiedlichen Gärtner_innen verbindet vor allem ihr Interesse am Gärtnern und am Garten – oft eine echte Leidenschaft, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen verbreitet ist, ganz unabhängig von Herkunft und Klasse, Geschlecht, sexueller Orientierung und Alter. Im Gartenalltag lernen die Gärtner_innen andere Mitglieder kennen, die oft auch anderen sozialen Kreisen angehören, eine andere Herkunft oder Klassenzugehörigkeit haben. Das bedeutet, dass auch soziale Ungleichheit im Hintergrund eine Rolle spielt. Für die Forschungsarbeit stellte sich die Frage, ob und inwiefern die Ungleichheit das Miteinander prägt, welche Bedeutung ihr die an alltäglichen Interaktionen Beteiligten zuschreiben und wie sie vor diesem Hintergrund Unterschiedlichkeit/Differenz aushandeln. Geschieht dabei etwas Transformatives? Wenn ja, wie und was genau?

In diesem Kapitel werden die theoretischen Vorüberlegungen und Perspektiven auf soziale Ungleichheit, städtische Differenzaushandlung und die Rolle von sozialen Konflikten dargelegt. Zunächst erörtere ich zentrale theoretische Bezugspunkte zu sozialer Ungleichheit, Differenz und Differenzaushandlung und erläutere meine intersektionale und praxistheoretische Perspektive auf soziale Ungleichheit. Anschließend diskutiere ich Fragen von Differenzaushandlung und Begegnung in der Stadt, auch im Hinblick darauf, welche Räume sich dafür eignen: Welche Bedeutung hat der öffentliche Raum für den Kontakt unterschiedlicher Menschen in der Stadt? Inwiefern eignen sich dafür mikroöffentliche Räume? Zuletzt lege ich meine konflikttheoretischen Überlegungen dar und beziehe sie auf Differenzaushandlung in städtischen Kontexten.

1.1 Soziale Ungleichheit und Differenzaushandlung

Soziale Ungleichheit und Differenz sind Grundelemente kapitalistischer Gesellschaften. Daher debattiert die Soziologie lebhaft und aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven darüber, wie soziale Ungleichheit reproduziert wird. Auch die Frage, inwiefern sie nicht nur eine strukturelle Dimension besitzt, aus der patriarchal, heteronormativ und rassistisch geprägte machtvollere Ungleichheiten entstehen, sondern sich in alltäglichen Interaktionen wi-

derspiegelt und dort auch bearbeitet und ausgehandelt wird, stellt eine Perspektive auf den Gegenstand dar. Einen etablierten Zugang bietet Pierre Bourdieus Blick auf soziale Ungleichheit (Bourdieu 1987 [1979]). Sein Zugang ermöglicht, gerade durch das Habituskonzept, eine Doppelperspektive auf die (objektiven) gesellschaftlichen Ungleichheitsstrukturen und die (subjektiven) Wahrnehmungen.

Um gesellschaftliche Differenzierungsprozesse zu erforschen, nähere ich mich ihnen aus einer Perspektive der Alltagsprozesse und der alltäglichen Differenzaushandlung. Ich gehe davon aus, dass sie durch soziale Ungleichheit und damit verknüpfte gesellschaftliche Hierarchien charakterisiert sind, die nach Bourdieu mit der Ungleichverteilung materiellen, kulturellen, sozialen und symbolischen Kapitals verbunden sind. Differenzierungsprozesse können auch soziale Ausgrenzung aufgrund von Vorurteilen und Diskriminierung mit sich bringen. Die gesellschaftlichen Verteilungsprozesse finden laut Bourdieu (1992c: 139) im sozialen Raum statt, der ein relationaler »Raum der Machtpositionen« ist. Das bedeutet, dass die Individuen und Gruppen »im und durch den *Unterschied*« (über-)leben und »*relative Positionen* in einem Raum von Relationen einnehmen« (Bourdieu 1999: 48, Herv. i. Orig.). Im sozialen Raum befinden sich die Akteure in ständigen Kämpfen um Positionen, wobei sie über ungleich verteilte Mittel/Kapitalien verfügen und strukturellen Zwängen unterliegen.

Um meine Forschungsperspektive nachvollziehbar zu machen, erläutere ich im Folgenden mein Differenzverständnis, das ich mit sozialer Ungleichheit verknüpfe, erörtere die Perspektive der Intersektionalität in Differenzierungsprozessen und wage eine praxistheoretische Sicht auf soziale Ungleichheit.

Differenz

Differenz ist ein vielschichtiges Konzept, das einen wichtigen theoretischen Bezugspunkt für diese Studie bildet. Daher soll dessen Verwendung und begrifflicher Zugang zunächst genauer bestimmt werden. Stuart Hall weist auf die schwierige begriffliche Definition von Differenz hin:

»Differenz ist ebenso schwer zu fassen wie Repräsentation und daher ein umkämpfter Begriff. Es gibt eine ›Differenz‹, die eine radikale und unüberbrückbare Trennung verursacht. Und es gibt eine ›Differenz‹, die positional, konditional und konjunkturell ist und eher Derridas Begriff der *différance* entspricht, obwohl wir, wenn wir daran interessiert sind, Politik zu machen,

den Begriff nicht ausschließlich durch ein endloses Gleiten des Signifikanten bestimmen können.« (Hall 2008 [1994]: 22)

Jener Unterscheidung folgend, verwendet diese Studie die zweitgenannte, *relational* gedachte Differenz, die sowohl das Positionale als auch das Konditionale und damit den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext mitbetrachtet – wobei darin zugleich die erstgenannte Dimension des *Trennenden* mitschwingt, wenn auch nicht im Sinne einer unüberbrückbaren Trennung, sondern von Sortierung oder Ordnung. Auch Iris Marion Young nutzt in ihren Überlegungen zu Politiken der Differenz ein relationales Differenzverständnis, das soziale Aushandlungen erleichtern und eine Essenzialisierung von Differenz vermeiden soll:

»A relational understanding of difference relativizes the previously universal position of privileged groups, which allows only the oppressed to be marked as different. [...] Difference thus emerges not as a description of the attributes of a group, but as a function of the relations between groups and the interaction of groups with institutions.« (Young 1990a: 171)

Young bezieht sich auf die Politiken der Differenz von emanzipatorischen queeren, feministischen und schwarzen Befreiungsbewegungen, denen es nicht um eine Aufhebung von Differenzen geht, sondern um gegenseitige Anerkennung von Differenz und den Anspruch auf Gleichheit:

»Implicit in emancipatory movements asserting a positive sense of group difference is a different ideal of liberation, which might be called democratic cultural pluralism [...]. In this vision the good society does not eliminate or transcend group difference. Rather, there is equality among socially and culturally differentiated groups, who mutually respect one another and affirm one another in their differences.« (Young 1990a: 163)

Sie beklagt dabei die Tatsache, dass Gesetze Differenz oftmals ausblendeten, obwohl nach wie vor viele gesellschaftliche Gruppen wie Schwarze, Hispanics, Schwule und Lesben, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen ausgegrenzt und als »die Anderen« markiert würden. In alltäglichen Interaktionen, Bildern und Entscheidungen würden sie zu wenig berücksichtigt beziehungsweise paternalistisch oder autoritär bevormundet, was sowohl auf institutionalisierten als auch situationsbezogenen Unterdrückungsmechanismen

beruhe (ebd.: 164). Dies bewirke, dass sie sich nicht frei entfalten könnten. Differenz zu ignorieren, privilegiere die bereits Privilegierten.

Soziale Ungleichheiten und Differenz

In der soziologischen Theorie sozialer Ungleichheit wie auch in feministischen Ansätzen werden dementsprechend Differenzierungsprozesse fokussiert. Anhand der doppelten Betrachtung von Handlungen und Strukturen geht Bourdieu (1987 [1979]) davon aus, dass die sozial ungleichen Positionen der Gesellschaftsmitglieder mittels Differenzierungskategorien (er betrachtet vornehmlich Klasse, später auch Geschlecht, vgl. Bourdieu 1997) bestimmt werden, die in hierarchischen Strukturen verfestigt und im Habitus verankert sind. Das Phänomen sozialer Ungleichheit als grundlegendes Problem kapitalistischer Gesellschaften beschreibt dabei nicht nur die multidimensionalen und komplexen sozialen Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft, sondern auch zwischen verschiedenen Gesellschaften, Nationen oder Regionen in der Welt. Forschende weisen seit Jahrzehnten auf eine fortschreitende globale Verschärfung sozialer Ungleichheiten hin (Weiß 2002; Berger/Weiß 2008; Bauman 2011). Sie verwenden unter anderem auch die Figur der Polarisierung, die das Auseinanderdriften sozial privilegierter und deprivilegierter Menschen bezeichnet, was bedeutet, dass einige wenige über einen noch weiter steigenden Anteil des gesamten Reichtums verfügen, während ein wachsender Teil der (globalen) Bevölkerung immer weniger besitzt und von Exklusionsprozessen betroffen ist (Berger/Vester 1998). Es ist davon auszugehen, dass die »großen« Kontexte auch in die lokalsten Zusammenhänge hineinspielen und sich in (trans-)lokalen Hierarchien niederschlagen. So haben zum Beispiel Menschen, die einen Aufenthaltsstatus als Geflüchtete haben, im Zufluchtsland nicht die gleichen Rechte wie Menschen mit einem Pass des Landes – sei es in Bezug auf das kommunale Wahlrecht und politische Partizipation oder auch am Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und auf dem Wohnungsmarkt. Und sogar Menschen, die über einen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügen, machen immer wieder Erfahrungen mit Diskriminierung und erleben, dass ihre Interessen gesellschaftlich marginalisiert werden, was ihre Entfaltungsspielräume erheblich schmälern kann.

Das Thema der sozialen Ungleichheit ist für die Soziologie »von Anfang an konstitutiv« (Gottschall 2004: 188), denn sie sei als »Einzelwissenschaft« im Zuge der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Ökonomie entstanden. Für moderne, demokratisch verfasste

Gesellschaften sei das Spannungsverhältnis zwischen einem normativ verbürgten Gleichheitsanspruch für alle Gesellschaftsmitglieder einerseits und fortbestehender sozialer Ungleichheit und Problemen sozialer Integration andererseits prägend. Im Kontext der Frauenbewegungen gab es eine bedeutende Kontroverse darum, ob eher Gleichheitsforderungen oder Forderungen nach Differenz im Zentrum frauenpolitischer Kämpfe stehen sollten. Für Cornelia Klinger (2003) ist die Frage nach »Differenz oder Gleichheit« allerdings grundsätzlich falsch gestellt. Sie leitet den Verlauf der innerfeministischen Diskurse historisch her. Zunächst kämpften Feministinnen um Gleichheit und Gleichstellung – doch bevor überhaupt Gleichheit (zwischen Frauen* und Männern*) erreicht worden sei, rückten die Differenzen *zwischen* Frauen* ins Zentrum feministischer Debatten, insbesondere durch die Interventionen von Women of Color (Smith 1978; Lorde/Rich/Schultz 1991; Oguntoyo/Lorde 1991). Das grundsätzliche Problem, das sowohl der Gleichheits- als auch der Differenzansatz lösen wollten, sei die gesellschaftliche Ungleichheit, also die ungleiche Verteilung von Rechten, Gütern, Chancen und Anerkennung. Der Hinweis auf die »Differenz zwischen Frauen« (und das Ausblenden des Verhältnisses zwischen Frauen* und Männern*) öffne den Blick für Unterschiede zwischen Frauen* hinsichtlich weiterer Dimensionen sozialer Ungleichheit. Klinger kritisiert, dass die Reichweite und die Grenzen der verschiedenen Differenzlinien unklar blieben; offen bleibe zudem die Frage, ob es überhaupt noch »Gemeinsamkeiten in den Benachteiligungserfahrungen zwischen Frauen« gebe (Klinger 2003: 17). Sie geht davon aus, dass die damit verbundenen identitätspolitischen Debatten gesellschaftlich in eine Sackgasse führen. Der Gegenstand der Diskussion, nämlich der Kampf gegen Ungleichheit (aufgrund von Geschlecht, Klasse und *Race*), gehe verloren.

Damit spielt sie auf die Kontroverse zwischen Feminismus und Gender Studies seit Anfang der 1990er-Jahre an, in der es um das Subjekt feministischer Kämpfe ging und die für die zeitgenössischen feministischen Debatten zwischenzeitlich zu einer Zerreißprobe wurde. Judith Butler formuliert in ihrem poststrukturalistisch positionierten *Das Unbehagen der Geschlechter* (1991, amerikan. Orig. *Gender Trouble*) eine weitreichende Kritik an bisherigen Ansätzen feministischer Forschung. Sie richtet darin die Analyse auf die heterosexuellen Normen der Zweigeschlechtlichkeit und die diskursiven wie sprachlichen Herstellungsbedingungen von Geschlecht und Sexualität. Auch die Materialität der Körper und das anatomische Geschlecht betrachtet sie als Effekte machtvoller kultureller Formierungen. Geschlecht müsse dabei keineswegs notwendig exklusiv binär gedacht werden. Vielmehr liege eine »heterosexu-

elle Matrix« der rigiden zweigeschlechtlichen Unterscheidung der Körper zugrunde und legitimiere auch deren Naturalisierung (Butler 1991: 21). Viele Feminist_innen wiesen Butlers Betrachtung als inakzeptabel zurück, weil damit auch das Subjekt feministischer Kämpfe zur Disposition stehe (Benhabib et al. 1993; Duden 1993). Dies verhinderte jedoch nicht die breite Rezeption und Weiterentwicklung ihrer Ansätze in Gender und Queer Studies und ihren Einfluss auf gesellschaftspolitische Debatten.

Demgegenüber rückt Klinger im Rekurs auf die Debatte um Gleichheit oder Differenz existierende und neu entstehende Ungleichheiten in den Fokus, und zwar »weniger unter dem Aspekt der Prinzipien von Egalität und Identität der Subjekte und der Polarisierung der diesbezüglichen Strategien im Sinne eines Entweder/Oder« (Klinger 2003: 21). Als Grundprinzip moderner Gesellschaften betreffe Ungleichheit die Strukturen und Funktionszusammenhänge, also die »Mechanik und Mechanismen der Gesellschaft« (ebd.) und damit die Systemebene. Zu erörtern sei, inwieweit die moderne Gesellschaft zu ihrem Funktionieren Ungleichheit brauche und wie sie alter Ungleichheit aufbaue und neue Ungleichheit produziere. Für Klingers Argumentation sind die drei Differenzierungskategorien Klasse, Rasse und Geschlecht in der kapitalistisch verfassten Arbeitsgesellschaft zentral. Gegen die Tendenz, sie zu ontologisieren und zu naturalisieren sowie diese Kategorien als Seinsweisen oder individuelle »Erlebnisqualitäten« zu verstehen, wehrt sie sich und definiert sie stattdessen als strukturell verankerte Kategorien sozialer Ungleichheit, die durch den Bezug auf Arbeit im kapitalistischen System ausdifferenziert ist.

»Klasse, Rasse und Geschlecht sind nicht bloß Linien von Differenzen zwischen individuellen oder kollektiven Subjekten, sondern bilden *das* Grundmuster von gesellschaftlich-politisch relevanter Ungleichheit, weil Arbeit und zwar namentlich körperliche Arbeit ihren Existenzgrund und Angelpunkt ausmacht.« (Klinger 2003: 26, Herv. i. Orig.)

Daher solle erklärt und verstanden werden, inwiefern Differenzierungsprozesse machtvoll aufgeladen seien und damit verbundene soziale Ungleichheiten in hierarchischen Gesellschaften erzeugt, immer wieder neu bestätigt und dadurch verfestigt würden, ähnlich wie es Loïc Wacquant zur Erforschung von »*racial domination*« beschreibt. Es gehe darum, soziale Tatsachen »in ihre konstitutiven Bestandteile zu zerlegen sowie den sozialen und symbolischen Me-

chanismus aufzudecken, der sie über Zeit und Raum hinweg produziert, re-produziert oder transformiert« (Wacquant 2001: 70).

Intersektionalität in Differenzierungsprozessen

Diese strukturalistische Perspektive weiterspinnend, nimmt eine kritische Gesellschaftsanalyse, die den vielgestaltigen Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit und der Verschränkung verschiedener Differenzkategorien gerecht werden will, die Reproduktion von verfestigten Dominanzverhältnissen in den Blick, die sich zum Beispiel in Rassismus und Antisemitismus, Sexismus, Homo- und Transphobie, aber auch Klassismus und Ableismus äußern. Die feministische Intersektionalitäts- beziehungsweise Interdependenzforschung geht von einer intersektionalen Überkreuzung oder Interdependenz der verschiedenen Kategorien sozialer Ungleichheit aus. Intersektionale Analysen betrachten die gesellschaftliche Position, die ein Subjekt einnimmt, als durch verschiedene Faktoren geprägt, und untersuchen deren Zusammenwirken (Crenshaw 1991; Walgenbach et al. 2007; Klinger/Knapp 2008; Winker/Degele 2009).

In ihrem Aufsatz *Doing difference* (1995) entwerfen Candace West und Sarah Fenstermaker Differenz darüber hinausgehend als fortlaufende Interaktionsleistung und erweitern den ethnomethodologischen Zugang (Zimmerman 1978). Dieser liegt sowohl dem »*Doing gender*«-Ansatz von Candace West und Don H. Zimmerman (1987) zugrunde als auch Erving Goffmans (1994) interaktionstheoretischer Analyse der Herstellung von Geschlecht in alltäglichen Interaktionsprozessen und sozialen Situationen. West und Fenstermaker fokussieren verschiedene Mechanismen der Produktion sozialer Ungleichheit – neben Gender auch Klasse und *Race*.

Patricia Hill Collins (1995) kritisiert, dass West und Fenstermaker ihrem intersektionalen Anspruch nicht gerecht würden. Ihr Ansatz verliere gesellschaftliche Machtssysteme wie Rassismus, Patriarchat und Kapitalismus aus dem Blick und rücke vor allem Gender in den Vordergrund. Gender, *Race* und Klasse würden dabei zu bloßen Kategorien sozialer Konstruktion, und das Differenzkonzept werde zu einem Oberbegriff für die Verflechtungen der drei Kategorien. Collins begründet ihre Kritik mit dem Hinweis, dass *Race Studies*, *Gender Studies* und *Class Studies* nicht im akademischen Feld entstanden sind, sondern auf den Kämpfen sozialer Bewegungen basieren. Deren Akteuren gehe es aufgrund ihrer Erfahrungen mit Diskriminierungen und Ausgrenzung um radikale Veränderungen der Gesellschaft und die Abschaffung von Unterdrü-

ckungs- und Diskriminierungsmechanismen aufgrund von Geschlecht, *Race* und Klasse. Aus Collins' Sicht werden West und Fenstermaker diesem politischen Anspruch nicht gerecht, ihre Frage nach dem Wie der Herstellung von Differenz sei unpolitisch. Eine intersektionale Herangehensweise mache nur dann Sinn, wenn ihr ein herrschafts- und unterdrückungskritischer Impuls zugrunde liege, wobei intersektionale Verschränkungen sowohl hinsichtlich der strukturellen Ebene als auch der mikrosozialen Prozesse analysiert werden müssten.

»The very notion of the intersections of race, class, gender as an area worthy of study emerged from the recognition of practitioners of each distinctive theoretical tradition that inequality could not be explained, let alone challenged, via a raceonly, class-only, or gender-only framework. [...] First, the notion of interlocking oppressions refers to the macro level connections linking systems of oppression such as race, class, and gender. This is the model describing the social structures that create social positions. Second, the notion of intersectionality describes micro level processes-namely, how each individual and group occupies a social position within interlocking structures of oppression described by the metaphor of intersectionality. Together they shape oppression.« (Collins 1995: 492)

Ein Nachdenken über Differenz nach dem Modell von West und Fenstermaker führt aus Collins' Sicht weg von der Kritik an gesellschaftlichen Machtverhältnissen wie Rassismus, klassenspezifischer Ausbeutung und geschlechtsspezifischer Unterdrückung und verschleierte die realen Probleme. Für eine kritische Gesellschaftsanalyse sei es daher unbrauchbar.

Wie ich in den folgenden Absätzen zeigen werde, kann ein Nachdenken über Differenzaushandlung herrschafts- und machtkritisch möglich sein. Das versucht diese Studie – sowohl in ihrer Gesamtanlage als auch in der Analyse des empirischen Materials. Ich möchte dafür noch einmal auf Cornelia Klinger (2003) zurückgreifen, die ebenfalls die Verschränkungen der Kategorien Klasse, Geschlecht und *Race* analysiert, allerdings ohne auf das Intersektionalitätskonzept zu rekurrieren. In ihrem machtkritischen Vorgehen legt sie, wie erläutert, den Fokus auf Erwerbsarbeit, was sie mit deren Einbettung in die dazugehörigen Herrschaftsmechanismen (Kapitalismus, Patriarchat, Imperialismus) begründet. Wie Collins und viele andere kritisiert sie Versuche, eine Hierarchisierung, Rangfolge oder eine einfache Addition der Benachteiligungen zu erstellen, nach der Idee: Je mehr Negativfaktoren jemand auf sich

vereint (Negativfaktoren sind die jeweils abgewerteten Varianten jeder Kategorie), desto schlechter steht sie *er* da. Zugleich geht sie davon aus, dass sich »die Benachteiligungssituation mit der Anzahl an Überschneidungen von Negativfaktoren« (Klinger 2003: 34) verschärft. Sie analysiert zunächst die drei Kategorien isoliert und denkt anschließend über Konvergenzen, Überschneidungen und Verflechtungen nach, und damit über gegenseitige Verstärkungen hinsichtlich der Ungleichheitseffekte.

Ihr Beitrag ist ein machtkritisches Plädoyer gegen die »Anerkennung von Differenzen aller Art«, die sie als entpolitisierend und herrschaftslegitimierend kritisiert, weil sie der gesellschaftstheoretischen Analyse und Kritik den Boden entziehe und bestehende Verhältnisse zementiere (ebd.).

»Since not all social groups appear to find difference to be such a meaningful concept, I'm left wondering who is worried about it? Thinking through the meaning of difference hasn't much concerned people of color, poor people, and all the other people deemed »different« [...]. Attention by oppressed groups to the meaning of difference remains firmly rooted in the question of the use to which differences are put in defending unequal power arrangements.« (Collins 1995: 494)

Diese Kritik wird auch von Nancy Fraser (1998) geteilt. In ihren Überlegungen zu *justice* weist Fraser auf den perspektivischen Dualismus von ökonomischer und kultureller Ebene hin, also die Untrennbarkeit von kultureller Anerkennung und ökonomischer Teilhabe. Aus Frasers Sicht ist es unsinnig, über Vielfalt und Differenz zu sprechen, wenn dies ausschließlich auf kulturelle Anerkennung gerichtet ist, nicht auf ökonomische Umverteilung. Vielmehr müsse es um materielle Aneignungen und deren ökonomische Folgen gehen, um materielle Konsequenzen und konkrete Ausschlüsse durch Normen zur Nutzung von Raum, da diese jenseits ihrer kulturellen Dimension handfeste ökonomische Konsequenzen hätten.

Um diese stark strukturalistisch ausgerichteten Zugänge zu sozialer Ungleichheit einerseits beizubehalten und sie andererseits für eine mikrosoziologische Analyse sozialer Praktiken fruchtbar zu machen, nutze ich im Folgenden eine Verknüpfung mit praxistheoretischen Zugängen.

Praxistheoretische Perspektiven auf soziale Ungleichheit

Robert Schmidt beschreibt praxissoziologische Zugänge als Ansätze, die »das Soziale als eine hierarchisch strukturierte, dynamische und relationale Ordnung der sozialen Milieus von Eliten und Prekären, der Arbeits-, Wissenschafts- und Expertenkulturen, der Minderheiten, Szenen, Sportgemeinschaften und Subkulturen« verstehen (Schmidt 2012: 12). Sein durch Bourdieu inspirierter praxistheoretischer Zugang ist für die vorliegende Studie besonders hilfreich, da er eine ungleichheitssensible Perspektive auf soziale Praktiken ausformuliert. Soziale Praktiken sind dabei »kollektive Bewegungs- und Verhaltensmuster«, die darauf basieren, dass im menschlichen Verhalten und Sichbewegen Konventionen wirksam werden und Teilnehmende »durch fortlaufende körperliche Darstellungen ihr Verhalten aneinander aus[richten]« (ebd.: 9). Soziale Praktiken brächten »die Regelmäßigkeit von Verhaltensweisen, die Geordnetheit sozialen Geschehens und die Strukturiertheit sozialer Beziehungen« hervor (ebd.: 10). Schmidt bezieht auch gegenständliche Artefakte und technische Vorrichtungen in die Analyse ein und untersucht ihre Mitwirkung in sozialen Praktiken. Die Praktiken basierten also auf expliziten Regeln und Vorschriften, auf in die Artefakte eingelassenen Anweisungen, aber auch auf impliziten Regeln und normativen Verhaltensanforderungen. Schmidt betont darüber hinaus ihre Öffentlichkeit, die Bindung an »bestimmte Umstände, Orte, Kontexte und materielle Rahmungen« und ihren Vollzug »im Modus des Gewohnten und Selbstverständlichen« (ebd.) sowie ihren kollektiven Zuschnitt.

Für die Analyse sozialer Praktiken sind laut Schmidt die »körperliche[n] Performanzen und Routinen, ein gemeinsam geteiltes praktisches Wissen und die beteiligten Artefakte« (ebd.) bedeutsam, wobei der Fokus auf »dem Zusammenspiel von geübten Körpern, gegenständlichen Artefakten, natürlichen Dingen, Gegebenheiten, sozio-materiellen Infrastrukturen und Rahmungen« liege (ebd.: 13). Die Aufmerksamkeit richte sich auf den im sozialen Tun generierten und sich manifestierenden praktischen Sinn – nicht auf die Sichtweisen, Motive und Absichten von Individuen, sondern auf deren Aktivitäten.

Schmidts praxissoziologisches Verständnis basiert deutlich auf Bourdieus Zugang zu sozialer Ungleichheit, die immer mit der sozialen Praxis verbunden ist. Jegliche Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata sind in die soziale Praxis eingebettet und nicht ohne zugrunde liegende soziale Ungleichheit denkbar. Bourdieus Habituskonzept ist praxistheoretisch basiert. Es zielt darauf ab, die Zusammenhänge zwischen subjektiven Wahrnehmungen und ob-

jektiven Strukturen zu erklären und das dualistische Denken von Struktur und Handeln zu überbrücken: Das Soziale ist dabei inkorporiert, also in den Körper eingeschrieben, und kann dort auch bearbeitet und in der sozialen Praxis verhandelt werden. Der Habitus ist wie ein Scharnier zwischen beiden. Als inkorporiertes »System von Schemata der Produktion von Praktiken« ist der Habitus für die Wahrnehmung, Bewertung und Einordnung der Praktiken zuständig (Bourdieu 1992c: 144). Er beruht auf einem System von Klassifikationsschemata, das durch die sozialen Bedingungen, deren Produkt er ist, wiederum objektiv auf eine soziale Lage bezogen ist. Die Wissensbestände, die im Habitus verankert sind, stehen den Individuen jedoch kaum als bewusstes Wissen zur Verfügung. »Nichts erscheint unaussprechlicher, unkommunizierbarer, unersetzlicher, unnachahmlicher und dadurch kostbarer als die einverlebten, zu Körpern gemachten Werte.« (Bourdieu 1976: 200) In ihrer sozialen Praxis nehmen die Akteure auf die symbolische Ordnung der sozialen Welt Bezug, was sich in Klassifikationen in der sozialen Welt, ihren Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata zeigt, also dem, was sie in einer Gesellschaft als Prinzipien des Denkens, Fühlens und Handelns nutzen. Dabei gibt es zwar je individuelle Sichtweisen und Positionen, diese sind aber durch die Schemata geprägt, die nicht individuell bestehen, sondern gesellschaftlich vermittelt sind. Mit dem Habitus kann ein Zusammenhang zwischen »höchst disparaten Dingen« gezeigt werden: »[W]ie einer spricht, tanzt, lacht, liest, was er liest, was er mag, welche Bekannte und Freunde er hat usw. – all das ist eng miteinander verknüpft.« (Bourdieu 1992a: 32)

Mit dieser praxistheoretischen Grundlegung habe ich den methodologischen Zugang meiner Studie nun skizziert, der auf eine machtkritische Betrachtung von Differenz und ihrer Aushandlung abzielt. Allerdings lassen sich diese Überlegungen nicht in simpler Form in ein empirisches Forschungskonzept überführen. Meine Gedanken zu den forschungsmethodologischen Fallstricken meines Ansatzes werde ich daher im Folgenden darlegen.

Forschungsmethodologische Fallstricke

Vor dem Hintergrund der dargestellten Ungleichheitstheoretischen und praxistheoretischen Grundannahmen ist es für den Kontext dieser Studie wichtig, den Zusammenhang von struktureller sozialer Ungleichheit und alltäglicher Differenzaushandlung auf der mikrosozialen Ebene zu spezifizieren. Wenn Prozesse der Herstellung sozialer Ungleichheit und Differenzierungsprozesse fokussiert werden, sollten demnach Vorannahmen zu Differenzierungsska-

tegorien und deren Wirkmächtigkeit vermieden werden: »So werden in einem praxeologischen Verständnis beispielsweise Phänomene wie ›Klasse‹ oder ›Geschlecht‹ nicht konzeptionell vorkonstruiert, sondern als Resultate und Voraussetzungen fortlaufender Praktiken des *doing class* oder *doing gender* aufgefasst.« (Schmidt 2012: 33, Herv. i. Orig.) Für die empirische Forschung bedeutet dies, die Akteure und sozialen Praktiken so unvoreingenommen wie möglich zu beobachten beziehungsweise bei der Interpretation verbaler Daten ihren eigenen Darstellungen zu folgen, um zu untersuchen, wie in Praktiken Differenzaushandlungsprozesse gestaltet werden.

Diese Studie berücksichtigt neben den Differenzierungskategorien Klasse, Geschlecht und *Race* auch Sexualität, Körper, Gesundheit und Alter. Auch sie sind durch machtvoll aufgeladene Ungleichheitsstrukturen geprägt und in kapitalistische Herrschaftsverhältnisse eingeschrieben. Die Analyse wird allerdings komplizierter dadurch, dass – wie dargelegt – soziale Ungleichheit und Differenzierungsprozesse nicht nur eindimensional auf eine Differenzierungskategorie beschränkt sind, sondern die verschiedenen Kategorien zusammenwirken. Auf die Subjektebene bezogen bedeutet dies, dass Menschen zum Beispiel aufgrund ihrer Klasse sozial positioniert sind, aber darüber hinaus auch aufgrund von Geschlecht, Herkunft, *Race* und weiteren kategorialen (Fremd- und Selbst-)Zuschreibungen. So kann jemand aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Kategorie (z. B. zur Mittelschicht) gleichzeitig und in bestimmten Kontexten privilegiert sein und aufgrund der Zugehörigkeit oder Zuschreibung zu einer anderen Kategorie (z. B. Person of Colour oder trans*) in anderen Kontexten weniger privilegiert sein. Allerdings haben die Individuen nicht immer ein Bewusstsein für ihre soziale Position; viele Differenzierungskategorien sind in der Alltagspraxis unsichtbar oder werden nicht explizit benannt: »Privilegierte thematisieren keine Privilegien.« (Winker/Degele 2009: 82) Auch Didier Éribon (2017 [2013]) weist auf diese Schwierigkeit hin: Gerade aufseiten der Privilegierten existiere wenig Einsicht in und Bewusstsein für die eigene Position in Unterdrückungsstrukturen. Diese Erkenntnisse verkomplizieren das Forschen und Sprechen über soziale Ungleichheiten. Die empirische Forschung muss reflexiv damit umgehen.

Ich versuche, mit Stuart Halls Überlegungen zur relationalen Beschaffenheit von Identität im Hinblick auf Differenz einen Ausweg aus dem skizzierten forschungsmethodologischen Dilemma zu finden. Demnach lässt sich Identität »nur über die Beziehung zum Anderen, in Beziehung zu dem, was sie nicht ist, zu gerade dem, was von ihr ausgelassen ist«, konstruieren, also zum »konstitutiven Außen« (Hall 2004: 171). Die Selbstkonstituierung findet über die Ab-

grenzung vom Anderen statt. Ergänzend ist Gabriele Winkers und Nina Degeles (2009: 81) Vorschlag hilfreich, für die Analyse die kategorialen Zuordnungen der Akteure im Feld selbst zu nutzen, um die machtvollen Dynamiken zu identifizieren, die im Feld jeweils herrschen. Da nicht alle theoretischen Kategorien unbedingt Kategorien der Empirie sein müssen, plädieren auch sie dafür, in empirischen Analysen bei den sozialen Praktiken anzusetzen und gleichzeitig die theoretischen Überlegungen zu Ungleichheitsverhältnissen im Blick zu behalten. Wenn also jemand für sich selbst die Kategorie Alter nutzt, um sich in Beziehung zu einem Gegenüber zu setzen, findet die Identifikation situativ und relational über diese Differenzierungskategorie statt. Zu analysieren wäre in diesem Fall, ob und inwiefern Alter dabei machtvoll aufgeladen wird und mit anderen Kategorien wie Klasse, Geschlecht oder *Race* verknüpft wird und was dies für die Reproduktion sozialer Ungleichheit bedeutet. Diese Zugänge können sich eignen, um die spezifische Differenzaushandlung in sozialen Situationen zu erforschen. Damit ist auch eine Art Spurensuche skizziert, die darauf gerichtet ist, in den alltäglichen Praktiken zu entschlüsseln, wie – also mit welchen Mitteln und Ressourcen – Macht alltäglich relational ausgehandelt, etabliert und reproduziert wird. Eine intersektionale Machtanalyse wird genutzt, um relationale Machtverhältnisse zu erforschen und zu zeigen, wie sich diese in den Differenzaushandlungen niederschlagen.

1.2 Differenzaushandlung und Begegnung in der Stadt

Da ich Kleingärten im städtischen Kontext erforsche und mich für die Frage des Umgangs mit Differenz in der Stadt interessiere, erläutere ich nun verschiedene stadtsoziologische und humangeographische Herangehensweisen an soziale Ungleichheit und Differenzaushandlung in der Stadt. Soziale Heterogenität bezeichnen viele Autor_innen als elementaren Bestandteil städtischer Gesellschaften (Häußermann/Siebel 2001; Bukow et al. 2011: 8; Valentine 2013). Die Geographin Doreen Massey beschreibt die Stadt als einen Ort des Aufeinandertreffens, der »*throwntogetherness*« (Massey 2005: 181). Wie oben erläutert, war von Beginn an ein wichtiges Anliegen der Soziologie, zu verstehen, wie soziale Ungleichheit in modernen Gesellschaften konstituiert und aufrechterhalten wird. Schon früh spielte dabei die Frage nach der gesellschaftlichen Integration in den neu entstehenden Großstädten eine Rolle. Georg Simmel (1984) ging zu Beginn des 20. Jahrhunderts davon aus, dass die ›Zumutungen‹ der europäischen Großstadt nur durch Reserviertheit

und Blasiertheit zu bewältigen seien. Mittels Distanzierung geschehe eine negative Integration, deren wichtigste Grundlage die ökonomische Integration durch Arbeitsteilung und Geldwirtschaft sei. Individualisierung und Anonymität stellten für Simmel die Ausgangspunkte spezifischer großstädtischer Freiheiten dar. Dies bedeutet, dass die großstädtischen Möglichkeiten zur Distanzierung und Abgrenzung voneinander Ungleicher gleichzeitig eine Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Ganzen (der Stadt) ermöglichen. Demgegenüber betrachtete Park (1967 [1925]) die Individualisierung in der modernen US-amerikanischen Großstadt der 1960er-Jahre eher als Gefahr, die er mit Kontrollverlust und Anomie in Verbindung brachte. Um soziale Integration in der Großstadt sicherzustellen, fokussierte er in der Debatte die sozialräumliche Zuordnung segregierter Gebiete (*natural areas*), die als soziale Gebilde und räumlich abgrenzbare Einheiten durch eigene Normen, Traditionen und Verhaltensmuster geprägt seien. In beiden Ansätzen ist die »Fremdheit und Distanz der Individuen, die Unverträglichkeit, ja Feindschaft des Heterogenen und die dennoch gegebene Möglichkeit der Koexistenz« (Häußermann 1995: 94) das zentrale Merkmal des Städtischen. Beide gehen davon aus, dass Integration in der durch Differenz charakterisierten Großstadt am besten gelingt durch Indifferenz der Stadtbewohner_innen, residenzielle Segregation, Verzicht auf soziale Anpassung und durch Toleranz, die auf Gleichgültigkeit beruht. Integration ermöglicht die Stadt durch Geldwirtschaft, arbeitsteilige Erwerbsarbeit und Wettbewerb.

Spätestens mit dem Auslaufen des Fordismus Mitte der 1970er-Jahre und der wachsenden Massenarbeitslosigkeit im industriellen Sektor wird allerdings die auf Erwerbsarbeit aufbauende Integrationslogik, die den Städten zugeschrieben wurde, infrage gestellt.¹ Der Diagnose eines Auseinanderfallens beziehungsweise einer Spaltung der Gesellschaft liegt die Annahme zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung angesichts zunehmender sozialer Ungleichheiten zugrunde (Heitmeyer 1997, 1998; Kronauer/Siebel 2013; Ottersbach 2003; Heitmeyer/Imbusch 2012; Bude 2008). Auch in der Stadtsoziologie ändern sich die Diskurse. Die Diskussion um den Beitrag der Stadt zu

1 Feministische Arbeiten hatten früh die einseitige Perspektive auf Erwerbsarbeit, nicht nur in der Stadtforschung, kritisiert, da dies die Reproduktionsarbeitsphäre ausblendet. Neuere Studien erweitern die stadtbezogene Debatte, indem sie Care-Arbeit und transnationale Blickwinkel berücksichtigen (Apitzsch/Schmidbauer 2010; Winker 2015; Schuster/Höhne 2017; Fraeser/Schuster/Vogelpohl 2021).

gesellschaftlicher Integration und sozialem Zusammenhalt bildet dafür weiterhin einen Dreh- und Angelpunkt. Beides wird in einen neuen Kontext mit bereits bekannten städtischen Phänomenen gestellt: Raumbezogene Dynamiken wie Segregation oder soziale Mischung, aber auch die damit verknüpften Quartiereffekte gelten als wirksam beziehungsweise hinderlich für gesellschaftliche Integration (Häußermann 2008; kritisch: Dangschat/Alisch 2012; Schuster 2018). Das Integrationsverständnis, auf das rekurriert wird, ist oftmals einseitig – insbesondere, weil der Segregationsdiskurs auf benachteiligte Stadtteile verkürzt wird (Lanz 2007; Hess/Moser 2009). Mediale und politische Diskurse greifen diese Perspektive dramatisierend auf: Es entstünden Ghettos und Parallelgesellschaften (kritisch dazu: Häußermann 2008; Ronneberger/Tsianos 2012; Wacquant 2018). Das Konzept der sozialen Mischung wird als positiv konnotiertes Gegenbild zur Segregation gleichzeitig genutzt, um die Aufwertungsambitionen stadtpolitischer Akteure zu verschleiern (Lees 2008; Davidson 2011; Huning/Schuster 2015). Angenommen wird, dass durch eine neue soziale Mischung der Bewohner_innen die gefürchteten benachteiligenden Effekte von Quartieren, in denen bis dahin vorwiegend arme Menschen und Zugewanderte lebten, in den Griff zu bekommen sein könnten (kritisch: Lanz 2007; Schuster/Volkman 2019).

Im Zuge eines *Cosmopolitan Turn* rückt die internationale Stadtforschung bereits seit mehreren Jahrzehnten städtische Heterogenität und das Zusammenleben in multikulturell geprägten Großstädten in den Fokus (Sandercock 1997; Binnie et al. 2006; Valentine 2013). Fragen zu städtischer sozialer Ungleichheit, Umverteilung und politischer Teilhabe (Fraser 1998) und zu Gerechtigkeit (Fincher/Iveson 2008) erhalten dabei allerdings nur dann Relevanz, wenn in den Analysen des gesellschaftlichen Miteinanders die städtischen Dynamiken in ihren sozioökonomischen Kontext gestellt werden. So arbeiten beispielsweise Loretta Lees (2003, 2008) und Martin Manalansan (2005) heraus, wie intersektionale soziale Ungleichheiten mit machtvollen raumbezogenen Prozessen wie Gentrifizierung in Verbindung stehen.

Die verschiedenen Debatten zeigen, dass die Stadt einerseits als Austragungsort und Abbild gesellschaftlicher Prozesse analysiert wird, andererseits aber auch immer wieder als Spielfeld für gesellschaftspolitische Interventionen dient. Kritisch ist dabei die einseitig negative Perspektive auf städtische Bereiche zu beurteilen, in denen besonders viele Menschen mit geringerem Einkommen leben, und dies bedeutet oft auch: viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie unterschlägt die gesamtstädtischen Dynamiken, die in kapitalistischen Gesellschaften vor allem durch finanzstarke Akteure angetrie-

ben werden, während diejenigen, die über wenig Kapital verfügen, nur über geringe Entscheidungs- und Entfaltungsspielräume verfügen können.

Diversität als städtisches Potenzial

Nachdem in Stadtforschung und -politik lange ein problematisierender Blick auf städtische Integration vorgeherrscht hatte, wird »Vielfalt« oder »Diversität« seit etwa 20 Jahren auch häufiger als Potenzial der Stadtentwicklung gerahmt (Pütz/Rodatz 2013). Ein Teildiskurs betrachtet städtische Diversität gar als Quelle ökonomischer Produktivität. Eine frühe Referenz für die Wertschätzung städtischer Vielfalt ist Jane Jacobs' *The death and life of great American cities* (1961). Jacobs weist darauf hin, dass die Stadt auf multiplen Nutzungen basiere; je mehr Nutzungen sie ermögliche, desto besser ergehe es ihr in ökonomischer Hinsicht. Eine »blühende städtische Diversität« (Jacobs 1961: 223) werde hervorgebracht durch gemischte Nutzungen, gut frequentierte Straßen, eine Mischung von Gebäuden unterschiedlichen Alters und eine große Dichte unterschiedlicher Nutzer_innen. Wie Jacobs betrachtet auch der Ökonom und Politikberater Richard Florida als besonders auffälliger Vertreter dieser Auffassung Diversität als eine Quelle ökonomischer Produktivität. In seinen Überlegungen zu städtischer Innovation und einer »kreativen Klasse« (Florida 2002) stellt er die These auf, dass eine Stadt im nachindustriellen Zeitalter im Wettbewerb der Städte nur erfolgreich sei, wenn sie viele Kreative dauerhaft an sich binde, da Kreative in der Wissensgesellschaft Innovationen produzierten. Nicht alle Stadtbewohner_innen sind dabei gleichermaßen interessante Zielgruppen des stadtpolitischen Umbaus. Mit den drei Aspekten »*technology, talent, tolerance*« verbindet Florida, dass die Städte besonders um gut ausgebildete Menschen konkurrierten. Für diese Kreativen seien vielfältige und von Toleranz geprägte Städte besonders anziehend. Angesichts dieser Annahmen versuchen viele Städte weltweit seit Jahren, ihre stadtpolitischen Maßnahmen mit einer Förderung von Innovation und Diversität in Einklang zu bringen, indem sie zum Beispiel »Kreativquartiere« ausrufen. Auch viele kommunale Verwaltungen versuchen inzwischen, gesellschaftliche Vielfalt in politischen und verwaltungsinternen Kontexten zu berücksichtigen, indem sie kommunale Diversitätskonzepte und -leitfäden verfassen oder Diversitätsbeauftragte ernennen. Dies verdeutlicht zumindest ein lokales Interesse an der Anerkennung städtischer Diversität, ist aber aufgrund der symbolischen Natur solcher Konzepte nicht mit einer tatsächlichen Verringerung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Ungleichheiten in der Stadt verbunden.

Demgegenüber greifen Planungstheoretiker_innen wie Susan Fainstein die Diskussion um städtische Diversität aus einer Gerechtigkeitsperspektive auf. Diversität sei das »new guiding principle for city planners« (Fainstein 2005: 4), wobei das »*ideal of diversity*« (ebd.) in Planungsprozessen als Antithese gegenüber vorherigen Zugängen wirke, die nur die Gestaltung in den Vordergrund gerückt hätten. Fainstein bewertet positiv, dass die Bezugnahme auf Diversität es ermögliche, ausgrenzende und diskriminierende Effekte einer nur auf Designaspekte fokussierten Planung zu kritisieren. In ähnlicher Weise bezieht auch Leonie Sandercock (2004) Planung auf neue städtische Bedingungen, die von Differenz, *Otherness* und Pluralität geprägt seien. Ihr Anliegen beinhaltet insbesondere, Planungsprozesse so zu gestalten, dass die Stadt alle Menschen anerkennt und in ihrer Unterschiedlichkeit beherbergt. Dies bringe tiefgreifende Veränderungen dieser Prozesse mit sich. Neben einem kreativen und mutigen Zugang zur Planung und einem erweiterten politischen Horizont schlägt sie vor, städtische Konflikte »therapeutisch« anzugehen (Sandercock 2004). Dem liegt die Annahme zugrunde, dass es in vielen Planungskonflikten weniger um Ressourcen als um Beziehungen geht. Planung soll aus ihrer Sicht ernst nehmen, dass Dialog und Aushandlung über kulturelle Differenzen hinweg nötig sind. Damit verbindet sie, die emotionalen Aspekte der Planung anzuerkennen und sowohl kommunikativ als auch communitybezogen zu arbeiten.

Diese unterschiedlichen Konzepte und Rahmungen städtischer Diversität verdeutlichen, dass die Frage ihrer Bewertung seit einiger Zeit umkämpft ist. Aus ganz unterschiedlichen Positionen und mit unterschiedlicher politischer Agenda wird um einen neuen Umgang mit der Realität wachsender städtischer Heterogenität gerungen.

Ungleiche Zugänge zum öffentlichen Raum

Der öffentliche Raum von Städten gilt als besonders geeignet für die Aushandlung von Differenz und wird daher auch als wesentliches Element demokratischer Gesellschaften betrachtet. Damit ist die Idealvorstellung verbunden, dass öffentlicher Raum »für alle zugänglich« sei – tatsächlich erfüllt dies kein Raum (Belina 2004; Wehrheim 2006). Über öffentlichen Raum zu sprechen, hat insofern etwas Riskantes, weil es sich um ein schillerndes Konzept handelt. Die Besonderheit des öffentlichen Raums ist sein rechtlicher Status als »öffentlich«: Außer staatlichen Akteuren gibt es niemanden, der hier anderen ein Nutzungsrecht streitig machen könnte, im Unterschied zu privaten Räu-

men – jedenfalls idealerweise. Wir können uns auf dieses Ideal beziehen, wenn wir die faktisch doch ungleiche Nutzbarkeit und umkämpfte Zugänglichkeit von öffentlichem Raum betrachten. Denn wie Don Mitchell zeigt, hat der öffentliche Raum auch die wichtige gesellschaftliche Funktion der Aushandlung von Konflikten, wobei er selbst Gegenstand dieser Konflikte ist: »Urban public spaces remain sites of significant social struggle as well as sites over which struggle is engaged.« (Mitchell 2016: 503)

Grundsätzlich hat öffentlicher Raum diverse ökonomische, politische und alltagsbezogene Funktionen: Handel und Politik, Freizeit/Konsum und Mobilität. Erst bei genauerem Hinsehen offenbaren sich die ungleichen Zugänge zum öffentlichen Raum, aber auch ungleiche Ansprüche an ihn. Dies äußert sich hinsichtlich der folgenden drei Aspekte: erstens anhand der Zuschreibung von Öffentlichkeit und Privatheit; zweitens durch Normen und Ausschlüsse und drittens in Bezug auf Repräsentations- und Verteilungsfragen. Auf diese drei Aspekte gehe ich im Folgenden näher ein. Das zugrunde gelegte Raumkonzept ist prozesshaft und relational; physischer Raum ist nicht ohne Soziales verstehbar (Läpple 1991; Lefebvre 1991; Löw 2001).

(1) Hinsichtlich der Zuschreibung von Öffentlichkeit und Privatheit zu Räumen haben feministische Autor_innen, auch in der Stadtsoziologie (u.a. Terlinden 1990), den inhärenten Dualismus problematisiert. Allgemein wird die öffentliche Sphäre mit Männern*, Erwerbsarbeit und Politik assoziiert, die private Sphäre mit Frauen*, Reproduktionsarbeit und Intimität. Dem liegt eine hierarchisierte Betrachtung der Sphären zugrunde. Kritisiert wird, dass diese Polarisierung nicht den gelebten Praktiken vieler Menschen entspricht, denn das, was als Reproduktion im Privaten verortet wird, dehnt sich auch in öffentliche Räume aus, zum Beispiel Konsum, Mobilität zur Begleitung von Kindern und Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, aber auch intime Praktiken. Entgegen der Annahme, dass der Privatraum der Erholung diene, wird auch dort gearbeitet – nicht erst seit der »Erfindung« des Homeoffice. Allerdings sind sowohl öffentliche als auch private Räume für Frauen*, die häufig für Care-Tätigkeiten zuständig sind, deutlich ungünstiger strukturiert und ausgestattet als für jene Menschen, die wie die meisten Männer* vorwiegend einer Erwerbsarbeit nachgehen: Die Städte sind autogerecht konzipiert und weitgehend durch Funktionstrennung geprägt. Ein feministischer Gegenentwurf ist daher die Stadt der kurzen Wege (Bauhardt 2007). Auch aus queerer/feministischer Sicht ist die Trennung in öffentlich und privat ein Problem. Gill Valentine (1996) betont, dass damit verschleiert werde, dass im Großteil aller Alltagsumgebungen Heterosexualität die dominante Sexualität

ist. Gleichzeitig sind viele queere Menschen auf den öffentlichen Raum angewiesen, um Intimität zu leben, da familiäre Räume ihnen oft keinen Rückzug bieten, wenn sie sich dort nicht outen können.

(2) Problematisiert werden im Zusammenhang mit dem öffentlichen Raum auch die Normen und Ausschlüsse, die ihn prägen. Michel Foucault hat viel zur engen Verknüpfung von Raum mit Diskurs, Wissen und Macht gearbeitet, die in normativen Vorgaben mündet (Foucault 2001b, 2001a). Normative Zuschreibungen können Gefährdungen und Ausgrenzung befördern – durch Diskriminierung, aber auch Gewalterfahrungen, die gesellschaftlich marginalisierte Menschen im öffentlichen Raum machen, zum Beispiel für queere Menschen, insbesondere trans Personen (Jesus Pereira Lopes 2017). Normen können auch rassistische und sexistische Ausgrenzung nahelegen. Überdies haben auch Annahmen zur materiellen Ausstattung, dass beispielsweise Sitzbänke nicht zum Übernachten für Wohnungslose dienen sollen, einen normativen Ursprung und produzieren in Städten Ausgrenzung. Der machtvollere Ausschluss bestimmter Praktiken und Aneignungsweisen, wenn beispielsweise in städtischen Grünräumen das Grillen und der Aufenthalt in Gruppen verboten wird, schließt gerade Menschen aus, die sonst wenig Raum zur Verfügung haben – wie Jugendliche oder Menschen, die in beengten Wohnverhältnissen leben, zum Beispiel Geflüchtete und andere Zugewanderte.

(3) In Bezug auf Repräsentations- und Verteilungsfragen hat sich die Funktionszuschreibung zu öffentlichen Räumen über die Jahrhunderte historisch gewandelt. Dienten sie im Feudalismus, Absolutismus und Faschismus vorrangig der Repräsentation der Herrschenden, erhielten sie mit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft zunehmend Bedeutung für bürgerliche politische Öffentlichkeit, verbunden mit der Angst des Bürgertums vor proletarischen Unruhen. Heute werden sie besonders in ihrer Funktion für Begegnungen Differenter im Stadtraum (*encounters*) fokussiert (Bernhardt et al. 2005). Hinsichtlich des Verhältnisses queerer Menschen zum öffentlichen Raum haben Lauren Berlant und Michael Warner (1998) gezeigt, dass Queers besonders auf den öffentlichen Raum in seiner Funktion als Ort der Repräsentation angewiesen sind – für politische Repräsentation, aber auch im Alltag. Ähnliches gilt für Menschen wie Wohnungslose, Prostituierte, Bettler_innen, Hausangestellte oder Geflüchtete, die ihre Rechte noch erkämpfen müssen (Belina 2004; Mitchell 1995). Beispiele für neue abendliche Treffpunkte in Großstädten zeigen außerdem, dass der öffentliche Raum für viele Menschen in seiner Funktion zur alltäglichen Repräsentation bedeutsam ist (»sehen und gesehen werden«). Diese Treffpunkte befinden sich nicht in einem versteckten

Winkel in einem Vorort, sondern an von vielfältigen Nutzungen geprägten Orten in innerstädtischen oder innenstadtnahen Quartieren.

Die skizzierten Aspekte verdeutlichen, dass Macht- und Ungleichheitsverhältnisse den öffentlichen Raum und ungleiche Zugänge dazu stark prägen. Dies führt dazu, dass gerade diejenigen, die besonders auf den öffentlichen Raum angewiesen sind, ob im Hinblick auf politische Repräsentation oder im Alltag, mit Ausschlüssen zu kämpfen haben. Soziale Ungleichheiten sind deutlich in die Verteilung des städtischen Raums eingeschrieben, die Nutzung des öffentlichen Raums machtvoll durch Normen reguliert.

Die Bedeutung von *encounters* und städtischen Mikroöffentlichkeiten für die Differenzaushandlung

In der Stadtforschung ist lange Zeit vor allem das Potenzial öffentlicher Räume und Interaktionen für differenzenüberschreitenden Kontakt erforscht worden (Sandercock 1997; Binken/Blokland 2013; Dirksmeier/Helbrecht/Mackrodt 2014; Petermann/Schönwälder 2014; Wiesemann 2015). Ein wichtiger Ausgangspunkt dafür war die Kontakthypothese, die Gordon Allport (1979) für die sozialpsychologische Analyse von Vorurteilen im Hinblick auf Intergruppenbeziehungen entwickelt hat (Katz 1991). Sie beinhaltet die Annahme, dass Kontakt zwischen unterschiedlichen Menschen das Potenzial hat, Menschen zusammenzubringen, wodurch sie gegenseitiges Interesse und Respekt füreinander entwickelten und Vorurteile abbauten (Valentine/Sadgrove 2014). Allport formuliert dafür ideale Bedingungen für die Beteiligten: Sie sollten das Gefühl haben, gleichberechtigt zu sein, ein gemeinsames Ziel oder eine geteilte Aktivität haben, wobei es sich um ein realistisches Engagement handeln sollte, und die Begegnungen sollten von der breiten Öffentlichkeit nachhaltig unterstützt werden (ebd.). Demgegenüber weist unter anderem Gill Valentine (2008: 324) darauf hin, dass die zahlreichen Lobpreisungen des städtischen Potenzials von Begegnungen bisher Fremder im öffentlichen Raum oftmals zu wenig ausbuchstabierte, *wie* genau diese vonstattengehen. Sie sieht die Gefahr einer romantisierenden Verklärung des Kosmopolitismus städtischer Begegnungen (Valentine 2013).

Wenn es um den Umgang mit städtischer Heterogenität geht, thematisiert die Stadtforschung inzwischen nicht mehr vorrangig den öffentlichen Raum. Für meine Forschung ist insbesondere die humangeographische und soziologische Perspektive auf *encounters* und städtische Mikroöffentlichkeiten interessant, was ich im Folgenden begründen werde. Die bereits eingeführte Dif-

ferenzperspektive von Young eignet sich besonders gut, um die bisher angeschnittenen Aspekte der urbanen Vielfalt und deren gesellschaftlicher Einordnung mit der Frage der Nutzbarkeit öffentlicher Stadträume zu verknüpfen. Schon in den 1990er-Jahren hat Young in ihrem Buch *Justice and the politics of difference* (1990a) die Stadt als einen Ort begriffen, an dem Differenz aufblühen kann. Ihre viel zitierten Überlegungen zu Differenz in der idealen Stadt sind auf soziale Aspekte gerichtet: »In the ideal of city life freedom leads to group differentiation, to the formation of affinity groups, but this social and spatial differentiation of groups is without exclusion.« (Young 1990a: 238) Die Besonderheit funktionierender städtischer Räume sei deren Vielseitigkeit, die eine Nutzung durch unterschiedliche soziale Gruppen und deren Begegnungen ermöglichen könne: »The interfusion of groups occurs partly because of the multiuse differentiation of social space. What makes urban spaces interesting, draws people out in public to them, gives people pleasure and excitement, is the diversity of activities they support.« (Ebd.: 239) Bedeutsam ist für Young die Abgrenzung der von ihr favorisierten *politics of difference* vom *ideal of community*. Gemeinschaftsideale unterdrückten Differenzen tendenziell oder schlossen Menschen implizit – beispielsweise aus politischen Gruppen – aus, die von einer bestimmten Identität abwichen (Young 1990b: 300). Sie zeichnet nach, welche Mechanismen des Ausschlusses wirken innerhalb eines Gemeinschaftsideals, das Nähe, aber auch gegenseitige Identifikation und Bestätigung ins Zentrum stellt und Konflikte oder respektvolle Distanz als suspekt betrachtet. Eine dekonstruierende Perspektive zeige, dass der Wunsch nach Einheit und Ganzheit Grenzen, Dichotomien und Ausschlüsse hervorbringe. Differenz anzuerkennen, bedeute demgegenüber, eine nicht unterdrückende Stadt zu favorisieren, in der es herrschaftsfreie soziale Beziehungen zwischen Menschen gebe, die mit Fremden in vermittelnden Beziehungen zusammenlebten, ohne mit ihnen eine Gemeinschaft zu bilden.

Der relativ neue Forschungszweig zu *encounters* liefert einen inspirierenden Vorschlag dafür, auch, aber nicht nur, das transformative Potenzial von Differenzaushandlung auf der mikrosozialen städtischen Ebene zu betrachten (Darling/Wilson 2016). *Encounters* lassen sich als grundlegend differenzbezogen charakterisieren, also als eine Form von Kontakt oder Beziehung, die ein antagonistisches Element oder Opposition in sich trägt (Wilson/Darling 2016: 10f.). Gelegentlich liegt der Fokus darauf, inwiefern *encounters* das Potenzial haben, Differenzen zu transformieren. Hervorgehoben wird außerdem ihre Bedeutung für die Produktion von Räumen und Subjektivitäten (ebd.). Anders als Annahmen zur Indifferenz in großen Städten angesichts von Diffe-

renz (Goffman 1963; Simmel 1984; Sennett 1997 [1994]) fokussieren Autor_innen, die aus der Perspektive der *encounters* forschen, wie auf der mikrosozialen Ebene Begegnungen mit Differenz in multikulturellen oder »super-diversen« (Vertovec 2007) Städten aussehen. Dabei werden (halb-)öffentliche oder mikroöffentliche Räume in der Stadt als Orte der Begegnung mit Differenz betrachtet (Lofland 1989; Amin 2002a; Valentine 2008, 2013; Valentine/Waite 2012). Ash Amin (2002a, 2002b, 2012) widerspricht den mit der Kontakthypothese beziehungsweise der *ethnic mixing strategy* verbundenen Annahmen zum Umgang mit Differenz, die in der Stadtforschung aufgegriffen werden und besagen, dass die soziale Mischung der Bewohner_innenschaft eines Stadtteils, die Sichtbarkeit vielfältiger Bevölkerung oder die unverbindliche Begegnung Fremder in öffentlichen städtischen Räumen das städtische Miteinander konfliktfreier machen könnte. Er geht davon aus, dass Kontakt und Austausch sozial differenter Gesellschaftsmitglieder weder über wohnungspolitische Strategien noch im öffentlichen Raum erreicht werden. Vielmehr brauche es dafür Orte der gegenseitigen Abhängigkeit und des regelmäßigen Engagements (Amin 2002a: 972). Solche Orte sind für Amin Mikroöffentlichkeiten wie der Arbeitsort, Schulen und Hochschulen, Jugend- und Musikclubs, Sportvereine, Gemeinde- und Nachbarschaftshäuser und ähnliche Orte. Sie ermöglichen Interaktionen und einen Kontext für alltägliche Begegnungen unterschiedlicher Menschen. Dabei werde ein soziales Miteinander entfaltet und unweigerlich Differenz ausgehandelt, wodurch Angst und Intoleranz begegnet werde.

Diese Annahmen sind anschlussfähig zu Lyn H. Loflands (1989) frühen Überlegungen zum *parochial realm*. Sie weist in ihrer Definition der öffentlichen Sphäre auf deren Verhältnis zum öffentlichen Raum hin:

»[T]he public realm is made up of the public places or spaces in a city, which spaces tend to be inhabited by persons who are strangers to one another or who »know« one another only in terms of occupational or other nonpersonal identity categories such as bus driver/customer.« (Lofland 1989: 454)

Zwischen den üblicherweise einander gegenübergestellten Sphären des Privaten und des Öffentlichen bestehe in der räumlichen Realität ein Kontinuum. Lofland entwirft das Konzept einer Zwischenebene, des *parochial realm*, die sowohl private als auch öffentliche Charakteristiken hat. Für Amin sind entsprechende Bereiche, die er als »mikroöffentlich« charakterisiert, besonders bedeutsam als Orte einer »*banal transgression*« (Amin 2002b: 14) oder »*prosaic negotiation and transgression*« (Amin 2002a: 976). Damit sind kleine Verschiebungen

und Veränderungen gemeint, die die Individuen aufgrund ihres Kontakts im Dialog und in einfachen, banalen Aushandlungen mit Differenzen herbeiführen, da sie sich in diesen Mikroöffentlichkeiten in eine gewisse gegenseitige Abhängigkeit zueinander begeben. Die Orte dieser Mikroöffentlichkeiten seien nicht mit einer bestimmten festen Identität oder Gemeinschaft verbunden, sondern als offene Treffpunkte immer im Prozess begriffen.

»What goes on in them are not achievements of community or consensus, but openings for contact and dialogue with others as equals, so that mutual fear and misunderstanding may be overcome and so that new attitudes and identities can arise from engagement. If common values, trust, or a shared sense of place emerge, they do so as accidents of engagement, not from an ethos of community.« (Amin 2002a: 972)

Wie Young widerspricht auch Amin hier dem Community-Ideal. Mikroöffentlichkeiten bieten einen neuen, nicht familiären oder freundschaftsbezogenen Rahmen, in dem unterschiedliche Menschen aufeinander bezogen seien, was Möglichkeiten zu neuen Verbindungen eröffne. Der wichtigste Aspekt sei, dass in diesen alltäglichen Begegnungen Gefühle von Fremdheit überwunden werden könnten – im einfachen Prozess des gemeinsamen Tuns und des Vergleichens der unterschiedlichen Arten, etwas zu tun. Dies geschehe nicht automatisch, sondern es würden organisatorische und diskursive Strategien benötigt, die dazu dienen, die Stimme zu erheben und einen Gemeinschaftssinn zu festigen, Vertrauen zu entwickeln und im Fall von Konflikten zu vermitteln. Der erlebten Erfahrung komme ein wichtiger Stellenwert für die Herausbildung von Haltung und Verhalten im Miteinander zu, beispielsweise auch bei der Verringerung gegenseitiger Vorurteile.

»My emphasis, in contrast, falls on everyday lived experiences and local negotiations of difference, on microcultures of place through which abstract rights and obligations, together with local structures and resources, meaningfully interact with distinctive individual and interpersonal experiences. This focus on the microcultures of place is not meant to privilege bottom-up or local influences over top-down or general influences, because both sets make up the grain of places. It is intended to privilege everyday enactment as the central site of identity and attitude formation.« (Amin 2002a: 967)

Dass und inwiefern auch Nachbarschaft Kontakt und Begegnungen Differenter ermöglichen kann, diskutiert die Geographin Evelyn Perry in ihrer Studie

zu einer US-amerikanischen Nachbarschaft. Sie untersucht die Differenzaushandlungen, die Nachbarschaft ermöglichen kann:

»[N]eighborhoods play a significant role in shaping how residents make sense of and manage difference. Local culture provides a shared rubric for neighborhood navigation that influences residents' everyday practices: their social control strategies, interactions with neighbors, and interpretations of their proximate environment.« (Perry 2017: 10)

In ihrer Studie zu gemischten sunnitisch-alevitischen Nachbarschaften in der Türkei betrachten Banu Gökarkısel und Anna Secor (2023: 383) Nachbarschaft aus feministischer Perspektive. Sie kritisieren den idealisierten Blick auf »gute Nachbarschaft« als kohäsive und durch enge soziale Bindungen geprägte Gemeinschaft. Demgegenüber konzipieren sie Nachbarschaft als paradoxen Raum, der neben seinen Funktionen von gegenseitiger Fürsorge und Austausch auch das Potenzial für Unterdrückung, Prekarität und Gewalt mit sich bringe.

Für die Analyse gesellschaftlicher Differenz und des alltäglichen Umgangs mit Differenz in der Stadt bedeuten diese Überlegungen, dass städtische Mikroöffentlichkeiten für die Differenzaushandlung besonders bedeutsam sein könnten. Dabei ist immer die Frage, wie entsprechende Räume aufgrund welcher Formen und Situationen für die Begegnung mit Differenz funktionieren (und wann nicht) und inwiefern sie dabei zu banaler Transgression beitragen. Dass die sozialen Prozesse in entsprechenden Räumen nicht immer reibungslos ablaufen, ist anzunehmen. Welche Bedeutung sozialen Konflikten in der theoretischen Diskussion um Differenz und sogar für gesellschaftliche Transformation beigemessen wird, erörtere ich daher im folgenden Kapitel.

1.3 Soziale Konflikte, Differenz und gesellschaftliche Transformation

Die Frage, wie soziale Konflikte gesellschaftlich einzuordnen sind, wird je nach theoretischer Position unterschiedlich beantwortet. Da dabei auch das Aufeinanderprallen von Unterschiedlichkeit sowie soziale Ungleichheiten und Macht im Fokus stehen, habe ich in meiner Studie zusätzlich eine konfliktsoziologische Perspektive genutzt. Allerdings wird das Auftreten von Konflikten jeweils unterschiedlich bewertet, je nachdem, ob Konflikte generell als gesellschaft-

lich destruktiv betrachtet werden oder ob sie als normale Vorkommnisse, vielleicht sogar im Hinblick auf ihr transformative Potenzial, bewertet werden. Im Folgenden stelle ich einige Ansätze zur Diskussion und erörtere mein konfliktsoziologisches Verständnis für diese Studie.

Destruktives Konfliktverständnis

Ein Zweig der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung (Heitmeyer 1998; Heitmeyer/Anhut 2000) geht von einem destruktiven Konfliktverständnis aus. Mit Konflikten verbinden dessen Vertreter_innen wachsende gesellschaftliche Heterogenität und soziale Spaltung. Sie konstruieren einen Gegensatz von heutigem, konfliktgeladenem städtischen Miteinander und einer in der Vergangenheit gut gelungenen städtischen Integration. Wilhelm Heitmeyer etwa stellt für die Zukunft europäischer Stadtentwicklung einen »Krisenzusammenhang« fest, der sich aus einer Desintegration der Stadtgesellschaft, einer Zweckentfremdung des öffentlichen Raums und einer »Entzivilisierung des Verhaltens einzelner Menschen und Gruppen« speise (Heitmeyer 1998: 443). Diesen bringt er mit zunehmender residenzieller Segregation und struktureller sozialer Ungleichheit in Verbindung, aber auch mit einem identitätspolitisch sich verschärfenden Konfliktpotenzial aufgrund wachsender Heterogenität der Stadtbewohner_innen, die er mit zugespitzten Prognosen zum steigenden Ausländer_innenanteil in nordrhein-westfälischen Städten stark dramatisiert. In diesen grundsätzlich pessimistischen Annahmen fehlt eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Genese, mit den stadtpolitischen, aber auch mit gesellschaftlichen Dynamiken und konkreten Prozessen sowie ihrer Fundierung in gesellschaftlichen Machtstrukturen. Auch wenn Heitmeyer sozioökonomische Ungleichheit als Faktor benennt, vermittelt seine Betrachtung doch den Eindruck, dass eher die städtischen Armen und rassifizierten Anderen für die gesellschaftlichen Probleme verantwortlich sind als diejenigen, die zum Beispiel mit ihrem höheren ökonomischen Kapital maßgeblich zur Segregation beitragen. Auch für die Behauptung, dass sowohl alltagsbezogen als auch strukturell Formen und Situationen fehlten, um die (idealisierte) Integrationsfähigkeit der »Stadtgesellschaft« wiederzubeleben und weiterzuentwickeln, fehlen Belege. Wie weiter unten gezeigt wird, wären doch gerade die stattfindenden Konfliktaushandlungen interpretierbar als Ausdruck eines nie abgeschlossenen Aushandlungsprozesses um die Aneignung der Stadt und ihrer Ressourcen (Rinn/Wiese 2020). Zudem werden unterschiedliche Positionen von Stadtbewohner_innen und ihre Sicht auf den

Alltag ausgeblendet, zum Beispiel bezüglich der behaupteten negativen Quartierseffekte (Schuster/Volkmann 2019; Kronauer/Vogel 2001), um das Bild einer insgesamt dramatischen Lage zukünftiger städtischer Desintegration heraufzubeschwören.

Welchen Sinn sollte es aber machen, einem soziologischen Denken die Idee zugrunde zu legen, dass die Differenzen zwischen Menschen in Städten *zu groß* sein könnten, und daraus abzuleiten, dass dies zu unüberbrückbaren Problemen führte? In dieser Herangehensweise an städtische Konflikte besteht letztlich keine Hoffnung für ein gelingendes Miteinander in einer pluralen Gesellschaft. Angesichts anhaltender globaler Migrationsbewegungen und wachsender Heterogenität in vielen Städten stößt diese Art der Suche nach der Integrations- und Kohäsionsleistung von Städten an deutliche Grenzen. Möglicherweise ist die Erzählung einer integrierenden, konfliktarmen europäischen Stadt der Moderne, wie die Stadtsoziologie sie pflegte, auserzählt – falls sie jemals mehr als eine idealisierende Geschichte war. Diese Studie nutzt daher eine anders ausgerichtete konfliktsoziologische Perspektive, die im Folgenden erläutert wird.

Konflikte als Katalysator für gesellschaftlichen Wandel

Eine eigene theoretische Perspektive stellen konfliktsoziologische Zugänge dar. Diese legen nahe, soziale Konflikte differenziert zu betrachten, und zeichnen sich durch eine entdramatisierende Perspektive auf Konflikte aus. Dies bedeutet nicht, gewaltsame und zerstörerische Konflikte zu relativieren. Vielmehr wird betont, dass nur *ein Teil* der sozialen Konflikte destruktiv und gewaltsam verläuft. Bereits Georg Simmel hat in seinen Überlegungen zum Streit eine konfliktsoziologische Betrachtung angeregt: »Der Kampf selbst ist schon die Auslösung der Spannung zwischen den Gegensätzen.« (Simmel 2018: 284) Auch der US-amerikanische Soziologe Lewis Coser (1964) hat jahrzehntelang konflikttheoretische Debatten angestoßen. Er weist auf die enge Verbindung von gesellschaftlichem Wandel und Konflikten hin, auch mit Bezug auf die marxistische Gesellschaftstheorie. Laut Thorsten Bonacker (2009) haben schon Marx und Engels dazu beigetragen, die sozialstrukturelle Verankerung sozialer Konflikte zum zentralen Bestandteil der Konflikttheorie zu machen.

Die konflikttheoretische Grundannahme ist, dass moderne Gesellschaften durch Pluralismus gekennzeichnet sind, was »Konflikte zwischen unterschiedlichen und zumindest punktuell unvereinbaren Interessen, Zielen,

Identitäten, Werten oder Normen« wahrscheinlich macht (Bonacker 2009: 179). Dem liegt die Idee zugrunde, dass Gesellschaft nicht nur durch Konsens, sondern auch durch Zwang zusammengehalten werde (Hillmann 2007: 444). Dabei sind Macht und Herrschaft – ebenso wie Prestige, Einkommen, Eigentum und Bildung – ungleich verteilt und können zur Ursache und zum Gegenstand von Konflikten werden (ebd.), die allgegenwärtig sind. Max Webers (1988 [1922]) konflikttheoretisches Verständnis hat diesen Blick um eine herrschaftssoziologische Perspektive erweitert. Er geht davon aus, dass Kampf genauso wie Kooperation zentrale Bestandteile von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung sind. Während Konflikte einerseits Verbindungen zwischen Menschen herstellten, könnten sie andererseits auch negative Bezüge bewirken, wenn dabei mittels Machtausübung die eigenen Bedürfnisse gegen den Willen anderer durchgesetzt würden.

Konflikte zu vermeiden, ist also aus konflikttheoretischer Perspektive kein sinnvolles Ziel gesellschaftlicher Anstrengungen. Albert Hirschman (1994) weist auf die lange Tradition einer Perspektive auf Konflikte hin, die diese als konstitutiv für soziale Beziehungen verstehe und bis in die Antike zurückreiche. Ralf Dahrendorf (1965a: 124) hält Konflikte für »zutiefst notwendig« für den Wandel und die Dynamik von Gesellschaften: »Gerade weil sie über je bestehende Zustände hinausweisen, sind Konflikte ein Lebenselement der Gesellschaft – wie möglicherweise Konflikt überhaupt ein Element allen Lebens ist.« (Ebd.: 125) Er geht davon aus, dass Gesellschaften von Antagonismen geprägt sind, wobei Konflikte die strukturell erzeugten Gegensätze zwischen Normen und Erwartungen, Institutionen und Gruppen abbildeten und Impulse für gesellschaftliche Veränderungen gäben. Dahrendorf bezeichnet sie deswegen als »große Kraft«. Dies setze Berührungspunkte, also soziale Beziehungen, zwischen den Konfliktparteien voraus; zugleich schafften Konflikte diese. Konflikte müssten dabei keinesfalls gewaltsam sein, sondern könnten latent oder manifest, friedlich oder heftig, milde oder intensiv sein. Sie erfüllten eine Funktion für die gewaltfreie Demokratisierung, insbesondere da sie Widerspruch ermöglichen und damit soziale Autorität begrenzen (vgl. dazu auch Dubiel 1999). Als Gegenstand konflikttheoretischer Analysen unterscheidet Dahrendorf verschiedene Konflikttypen, ausgehend vom »Umfang der sozialen Einheit«, innerhalb derer ein Konflikt auftritt (Dahrendorf 1965b: 203), also Rollen, Gruppen, Sektoren, Gesellschaften und übergesellschaftliche Einheiten; quer dazu siedelt er das »Rangverhältnis der an Konflikten beteiligten Gruppen« an (ebd.: 204), also Ranggleichheit oder -ungleichheit und Konflikte zwischen dem Ganzen und einem seiner Teile.

Dabei interessiert er sich vor allem für Klassenkonflikte, also asymmetrische Konflikte zwischen Gruppen einer Gesellschaft. Die Erklärungsreichweite seiner Theorie ist auf diejenigen Konflikte beschränkt, die über die Verteilung von Herrschaft erklärbar sind (zwischen Gruppen, Sektoren, Gesellschaften).

Antke Engel (2017: 256) betont in ihren Überlegungen zu einem intersektionalen queerpolitischen Umgang mit Konflikten den Beitrag dieser zur Anerkennung sozialer Heterogenität. Die Analyse der Austragung von Konflikten müsse berücksichtigen, dass die Beteiligung daran »häufig unter ungleichen Bedingungen stattfindet«. Zweck der Konfliktaustragung könne sowohl die »Sicherung von Machtkonstellationen und Dominanzverhältnissen als auch deren Veränderung« sein (ebd.). Auch Thorsten Bonacker (2009: 184) unterscheidet zwischen dem Konflikt selbst und seiner Austragung, Bearbeitung und Verursachung. Er nutzt einen weiten Konfliktbegriff: So liege ein Konflikt vor, »wenn mindestens zwei unvereinbare Erwartungen manifest aufeinandertreffen« (ebd.), wobei die Akteure der jeweiligen Situation entscheiden, ob ein entsprechender Widerspruch vorliegt. Bedeutsam für eine gewaltfreie Konfliktaustragung sei eine wechselseitige Anerkennung der Konfliktparteien. Es kann sich nach Hirschman (1994) um teilbare oder unteilbare Konflikte handeln (grob gesagt: um Verteilungs- oder Anerkennungskonflikte). Die Form der Konfrontation könne sowohl eine Face-to-Face-Interaktion als auch eine zwischen nicht gleichzeitig Anwesenden wie Gruppen und Organisationen sein (Bonacker 2009: 185).

Im Anschluss an Engels Perspektive lässt sich hier die von Aladin El-Mafaalani (2020) angestoßene Betrachtung von Konflikten im Hinblick auf die Integration Zugewanderter und ihrer Nachkommen in Einwanderungsgesellschaften anschließen. El-Mafaalani geht davon aus, dass gelungene Integration ein erhöhtes Konfliktpotenzial zur Folge hat. Dies wertet er nicht als problematisch, sondern deutet es als Zeichen zunehmenden Zusammenwachsens und eines wachsenden Selbstbewusstseins der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Nicht die konfliktfreie Gesellschaft sei erstrebenswert, sondern eine Gesellschaft, in der die Menschen ihre unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen selbstbewusst artikulierten und sich für diese einsetzten.

»Mehr Menschen können und wollen partizipieren, sich aktiv beteiligen und etwas abbekommen. Alle an einem Tisch. Immer mehr und immer unterschiedlichere Menschen sitzen mit am Tisch und wollen ein Stück vom Kuchen. Wie kommt man eigentlich auf die Idee, dass es ausgerechnet jetzt harmonisch werden soll?« (El-Mafaalani 2020: 77)

Konflikte entstünden, weil »Inklusion, Gleichberechtigung oder eine Verbesserung der Teilhabechancen nicht zu einer Homogenisierung der Lebensweisen, sondern zu einer Heterogenisierung, nicht zu mehr Harmonie und Konsens in der Gesellschaft, sondern zu mehr Dissonanz und Neuaushandlungen« führten (ebd.: 79). Hier lässt sich der Bogen schlagen zu Youngs (1990a) Politiken der Differenz, also emanzipatorischen Kämpfen um gegenseitige Anerkennung von Differenz und den Anspruch auf Gleichheit. Konflikte würden ausgelöst durch neu entstehende Beziehungen der Menschen zueinander. Anders als vielfach behauptet, seien sie nicht Ausdruck gesellschaftlicher Spaltung, »denn gespalten sein kann man nur, wenn man zuvor irgendeine Einheit darstellte« (El-Mafaalani 2020: 81). El-Mafaalani deutet den Konflikt eher als Ausdruck eines Zusammenwachsens: »Es entstehen Spannungen beim Sichnäherkommen. Zusammenwachsen tut weh.« (Ebd.) Konflikte seien daher ein zentrales Element liberaler Gesellschaften und hielten diese zusammen, weil Heterogenität ausgehandelt werde. So verschiedene soziale Errungenschaften wie der Sozialstaat, die Demokratie, die Geschlechtergerechtigkeit, die sexuelle Befreiung und die Menschenrechte seien das Ergebnis von Konflikten (bzw. von sozialen Kämpfen). Inwiefern sich diese konfliktsoziologischen Perspektiven auf städtische Konstellationen übertragen lassen und wo entsprechende Konfliktaushandlungen überhaupt zu verorten sind, diskutiere ich im Folgenden.

Konfliktperspektiven in der Stadtteil- und Quartiersforschung

In der Stadtforschung arbeiten bisher erst wenige Studien mit konfliktsoziologischen Ansätzen, die Konflikte als gesellschaftlich konstruktiv zu betrachten. Vor allem in der Stadtteil- und Quartiersforschung gibt es inzwischen einige Studien mit entsprechender Perspektive (Wiesemann 2015; Perry 2017; Rinn/Wiese 2020). Perry entdeckt in ihrer Studie in Riverwest, dem von ihr ethnographisch erforschten US-amerikanischen Stadtteil von Milwaukee, sogar den Konflikt als zentralen, wenn auch ambivalenten Aspekt lokaler sozialer Organisation: »When seemingly different people find themselves on the same side of a local battle, their experience of ›we‹, even when only temporary, can bridge social divides. However, these responsive coalitions can also exclude.« (Perry 2017: 170) Damit passen ihre Interpretationen auch zu Helmut Dubiels (1999) oder Lewis Cosers (1964) Annahme, dass Konflikte moderne Gesellschaften zusammenhalten. Was sich in diesen Prozessen in sozialer Hinsicht bewegt, beschreibt sie wie folgt:

»Through the processes of conflict and conflict resolution, broad social categories and associated cultural assumptions are sometimes reinforced, but they can also be disrupted and destabilized. At times, disputes refashion understandings of deviance into difference, creating a space for the emergence of new norms.« (Perry 2017: 171f.)

Das heißt, dass für die Konflikte sowohl soziale Gruppenzugehörigkeiten eine Rolle spielen und verhandelt werden als auch damit verknüpfte soziale Normen. Perrys Studie ermöglicht, städtische Konflikte differenzierter zu betrachten. Sie arbeitet empirisch heraus, inwiefern Spannungen und Konflikte den Stadtteil im Kontext der stattfindenden Auseinandersetzungen stabilisieren.

»The tensions and conflicts in diverse neighborhoods that have so troubled urban researchers are, in fact, central to the production of social order and contribute to the durability of neighborhood diversity. In Riverwest [Perry's site of research], stability is produced through the constant negotiations of small instabilities. [...] When problems arise, local culture codes encourage residents to employ informal strategies (e.g., talking with nuisance neighbors) before calling city authorities or the police.« (Ebd.: 10)

Wie schon Young (1990a) regt auch Perry in diesem Zusammenhang an, die Vorstellungen, die Community-Idealen zugrunde liegen, gründlich zu hinterfragen:

»Many of the concerns about diversity are linked to its discordant quality: It makes it difficult to achieve consensus. It breeds uncertainty. Yet we rarely question the assumptions about community ideals that underlie these concerns. Are unity and consensus reasonable or achievable goals for all neighborhoods?« (Perry 2017: 172)

Eine ähnliche Sicht auf Stadtteilkonflikte findet sich bei Michael Maly (2008). Er versteht Konflikte als funktionalen Beitrag zur Stabilisierung eines Stadtteils, da diese den verschiedenen Gruppen helfen, ihre Interessen zu artikulieren, und so zu Gruppenkohäsion und Allianzbildung beitragen könnten. Moritz Rinn und Lena Wiese nutzen zur Analyse stadtteilbezogener Konflikte und »alltägliche[r] Aneignungsweisen städtischer Ressourcen in Quartieren« eine interaktionistische Perspektive, bei der sie »Handlung als eine kommunikative und produktive Praxis« verstehen, die »relational, situativ und performativ ist«

(Rinn/Wiese 2020: 26). In ihrer Forschung in einem Essener Stadtteil untersuchen sie »potentiell konflikthafte[...] Interaktionssituationen, in denen Teilhabemöglichkeiten und Ausschlüsse praktisch verhandelt und realisiert werden« (ebd.). Ihre Analyse verdeutlicht, dass und inwiefern in den Konflikten, die die Bewohner_innen des Stadtteils schildern, Machtungleichgewichte artikuliert und aktualisiert werden und welche besondere Bedeutung dabei rassistischen Zuschreibungen zukommt. Situationen, also Interaktionszusammenhänge, lassen sich so als Austragungskontexte städtischer Konflikte analysieren.

Die verschiedenen konfliktsoziologischen Blicke auf gesellschaftliche und städtische Konflikte zeigen, dass die eingangs thematisierte Integrations- und Kohäsionsrhetorik den Blick auf Konflikte und gesellschaftliche Veränderungen vor allem dramatisierend zuspitzt und für das Verstehen aktueller gesellschaftlicher Prozesse wenig treffend ist. Demgegenüber kann eine Betrachtung der Produktivität städtischer Konflikte die sozialwissenschaftliche Stadtforschung um neue Perspektiven bereichern. Sie kann zu einem besseren Verständnis dieser Konflikte im Kontext einer gesellschaftlichen Weiterentwicklung beitragen, für die die Anerkennung sozialer Heterogenität bedeutsam ist.

Eine konflikttheoretische Perspektive ist für eine Analyse des alltäglichen Umgangs mit Differenz vielversprechend. Anhand von Alltagspraktiken und Face-to-Face-Interaktionen kann analysiert werden, inwiefern Differenzen in Konflikten zum Thema gemacht und welche Differenzlinien ausgehandelt werden (und welche nicht), was als Anlass und was als Gegenstand von Konflikten genutzt wird und welche möglichen Dynamiken sich um Konfliktfelder etablieren. Auch die Frage, wie die Konfliktparteien mit dem Konflikt selbst und miteinander umgehen, lässt sich analysieren, und damit gleichzeitig, welche Machtverhältnisse innerhalb des Konflikts inwiefern aktualisiert, reartikuliert oder infrage gestellt werden.

Für die Erforschung des alltäglichen Umgangs mit Differenz war die konflikttheoretische Perspektive für meine Studie wertvoll, um soziale Dynamiken zu entdecken und zu analysieren. Die Auswertung der empirischen Daten hat gezeigt, dass die Akteure ganz unterschiedliche Umgangsweisen mit auftretenden Konflikten hatten. In meiner Analyse habe ich ihre unterschiedlichen Bewertungen und Umgangsweisen mit der jeweiligen Selbst- und Fremdkonstruktion von Differenz verbunden, dazu die verschiedenen Konfliktanlässe rekonstruiert und Konflikte letztlich als einen von mehreren unterschiedlichen Modi der Differenzaushandlung interpretiert.

1.4 Machtvolle Konflikte und Differenzaushandlung in der Stadt verstehen

Die in diesem Kapitel diskutierten theoretischen Ansätze lenken den Blick auf Differenz und Ungleichheit in der Stadt, auf städtische Kontexte der Begegnung Differenter, auf Differenzaushandlung und Konflikte. Im empirischen Teil der Arbeit untersuche ich, wie soziale Ungleichheit und Differenz in den städtischen Mikroöffentlichkeiten von Kleingartenvereinen reproduziert beziehungsweise verhandelt werden, wer dabei über welche Kapitalien verfügt, ob und inwiefern sich die an Aushandlungen Beteiligten gegenseitig Ressourcen streitig machen, wer sich wie Orte aneignet, wer inwiefern zu wem in Konkurrenz tritt und welche Rolle Normen, Regeln oder Ordnungen für eine Reproduktion und Aushandlung von Machtverhältnissen spielen. Damit ist immer die Frage, wie in den entsprechenden sozialen Situationen das hierarchisch angeordnete Soziale in Erscheinung tritt, wie es sich in Praktiken und an konkreten Orten manifestiert und dort auch neu ausgehandelt wird. Die Quintessenz dieses Kapitels lässt sich in folgenden forschungsleitenden Erkenntnissen festhalten:

(1) Aus praxistheoretischer Perspektive wird eine intersektionale Machtanalyse genutzt, um relationale Machtverhältnisse zu erforschen und zu zeigen, wie sich diese in den Differenzaushandlungen niederschlagen.

(2) Die Perspektive sozialer Ungleichheit und ungleicher Zugänglichkeit des städtischen Raums wird genutzt, um zu erforschen, wie Ungleichheit in den städtischen Raum eingeschrieben ist und wie die Nutzung des mikro-/öffentlichen Raums machtvoll durch Normen reguliert wird.

(3) Städtische Mikroöffentlichkeiten werden als bedeutsam für die Differenzaushandlung betrachtet. Dabei ist immer die Frage, wie entsprechende Räume aufgrund welcher Formen und Situationen für die Begegnung mit Differenz funktionieren (und wann nicht) und inwiefern sie dabei zu banaler Transgression beitragen.

(4) Eine konflikttheoretische Perspektive kann für eine Analyse des alltäglichen Umgangs mit Differenz genutzt werden, um anhand von Alltagspraktiken und Face-to-Face-Interaktionen zu analysieren, inwiefern Differenzen in Konflikten zum Thema gemacht werden, welche Differenzlinien ausgehandelt werden (und welche nicht), was als Anlass und was als Gegenstand von Konflikten genutzt wird und welche möglichen Dynamiken sich um Konfliktfelder etablieren.

